



E-Government Schweiz Newsletter 05/2018

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie finden die folgenden Themen in unserem aktuellen Newsletter:

- Steuerungsausschuss E-Government Schweiz fördert die Grundstücksuche für Behörden
- Studie eGovernment Monitor 2018 veröffentlicht
- Geschäftsstelle: Informationsbesuch des Thüringer Innenministers
- eUmzug: Wohnortwechsel auch im Kanton St.Gallen elektronisch melden
- Identitätsverbund Schweiz (IDV): Umfrage bestätigt Interesse an Trägerschaft
- Vote électronique: Einführung in den Kantonen Waadt und Graubünden
- OGD Schweiz: Bericht über Umsetzung der OGD-Strategie beim Bund
- Verein eCH: neuer Webauftritt online
- BABS: App für Information zu Notlagen gemeinsam mit Kantonen lanciert
- Swisstopo: Alle Gebäude der Schweiz digital und in 3D
- Leitlinien der Kantone zur Digitalen Verwaltung verabschiedet
- Kanton Bern: Erfolgreicher Pilot von «eBau»
- Kanton Solothurn: Anschluss an den Verein «iGovPortal.ch»
- Ville de Pully: Start des Portals «smart city»
- Bundesrat: Schlussbericht der Expertengruppe «Zukunft der Datenbearbeitung und Datensicherheit»
- Bundesrat: Nationales Forschungsprogramm «Digitale Transformation» lanciert
- Veranstaltungshinweise

E-Government Schweiz

Online-affine Schweizer Bevölkerung: Internet ist im Kontakt mit den Behörden die erste Wahl

Die am 6. November 2018 veröffentlichte Studie E-Government-Monitor 2018 zeigt, dass die Bekanntheit von E-Government-Angeboten in der Schweiz stetig zunimmt. Behördeninformationen und -dienste sucht die Schweizer Bevölkerung primär im Internet.

Die Studie ist unter www.egovernment.ch/studien verfügbar.

Steuerungsausschuss E-Government Schweiz fördert die Grundstücksuche für Behörden

An seiner Sitzung vom 30. Oktober 2018 hat der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz den Schwerpunktplan für das Jahr 2019 verabschiedet. Neu unterstützt er darin das Projekt «Landesweite Grundstücksuche». Weiter hat der Steuerungsausschuss die nächsten Schritte zur Erneuerung der E-Government-Strategie 2020–2023 beschlossen.

Weitere Informationen zum neuen strategischen Projekt finden Sie unter www.egovernment.ch/grundstuecksuche.

Geschäftsstelle: Informationsbesuch des Thüringer Innenministers

Die Geschäftsstelle E-Government Schweiz hat am 17.10.2018 gemeinsam mit dem Informatiksteuerungsorgan

des Bundes und dem Bundesamt für Landestopografie den Thüringer Innenminister Georg Maier zu einem Austausch empfangen. Die Zusammenarbeit zwischen den Staatsebenen bei der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen stand im Vordergrund des Treffens. Hintergrund des Treffens war das Vorhaben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales, ein Kompetenzzentrum «Verwaltung 4.0» für die Zusammenarbeit zwischen Bundesland und Kommunen im Bereich der Digitalisierung zu errichten. Der Thüringer Innenminister besuchte als weitere Stationen seiner Schweizreise die E-Government-Geschäftsstellen der Kantone Zürich und St. Gallen.

Schwerpunktplan

eUmzugCH: Wohnortwechsel auch im Kanton St.Gallen elektronisch melden

Umzüge innerhalb des Kantons können seit Mitte Oktober auf der Plattform eUmzug online gemeldet werden. Der Service ist über eumzug.swiss und über das E-Portal des Kantons St.Gallen verfügbar. Aktuell nutzen gut ein Drittel der Kantone und ein Fünftel der Gemeinden die Plattform eUmzug. Knapp 20 % der Umzugsmeldungen erfolgen bereits über diesen elektronischen Kanal.

Weiterführende Informationen finden Sie unter www.egovernment.ch/eumzug.

Identitätsverbund Schweiz (IDV): Umfrage bestätigt Interesse an Trägerschaft

Im Sommer 2018 hat das für den IDV federführende Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) mittels Umfrage das Interesse der Behörden an der Mitwirkung einer Trägerschaft für den IDV Schweiz erhoben. 21 Behörden, darunter 9 Stellen des Bundes, 11 Kantone und ein Verband, wollen an den Gesprächen zur Konstituierung einer Trägerschaft teilnehmen.

Der Bericht ist verfügbar unter www.egovernment.ch/idv.

Vote électronique: Einführung in den Kantonen Waadt und Graubünden

Der Bundesrat hat dem Kanton Waadt am 28. September 2018 eine Grundbewilligung für Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe erteilt. Waadt sieht vor, den elektronischen Stimmkanal seinen Auslandschweizer Stimmberechtigten ab dem Urnengang im November 2018 zur Verfügung zu stellen. Der dafür ausgewählte Systemanbieter ist der Kanton Genf. Ende 2018 wird E-Voting demnach in zehn Kantonen angeboten.

Die Regierung des Kantons Graubünden hat am 27. September 2018 entschieden, künftig das E-Voting-System der Schweizerischen Post einzusetzen. Im Jahr 2020 ist eine Pilotphase mit voraussichtlich sechs Gemeinden vorgesehen und ab 2021 die laufende Ausweitung auf weitere interessierte Gemeinden.

Weiterführende Informationen finden Sie unter www.egovernment.ch/evoting.

Forum der Themenführer

OGD Schweiz: Bericht über die Umsetzung der OGD-Strategie beim Bund

Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat in einer Querschnittsprüfung die Umsetzung der Open Government Data Strategie 2014-2018 in der Bundesverwaltung untersucht. Der Bericht hält fest, dass die Unterschiede in der Umsetzung von OGD innerhalb der Bundesverwaltung gross sind. Die EFK kommt aber zum Schluss, dass das Bundesarchiv und weitere Beteiligte trotz knapper Mittel dank grossem Engagement die Kernelemente einer Infrastruktur für Behördendaten aufbauen konnten.

Den Bericht finden Sie auf der [Webseite der EFK](#).

Standardisierung

Verein eCH: neuer Webauftritt online

Die Webseite von eCH wurde komplett erneuert. Der Auftritt des Vereins und seinen Leistungen wurde aufgefrischt und die Übersicht der Standards ist neu in einer «Aufgabenlandkarte» verfügbar. Zusätzlich wird der Standardisierungsprozess beschrieben und der Nutzen der Standards mit Anwendungsfällen erläutert. Besuchen Sie die neue Webseite unter www.ech.ch.

Neuigkeiten von Bund, Kantonen und Gemeinden

Bundesamt für Bevölkerungsschutz: Lancierung von alertswiss

Gemeinsam mit den kantonalen Partnern hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz neue Kanäle zur Alarmierung und Information der Bevölkerung bei Katastrophen und in Notlagen lanciert. Alarmer und Ereignisinformationen können nun als Push-Meldung über die Alertswiss-App und auf der Alertswiss-Website verbreitet werden.

Weiterführende Informationen finden Sie auf der [Webseite des BABS](#).

Bundesamt für Landestopographie: Alle Gebäude der Schweiz digital und in 3D

Die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein gehören weltweit zu den ersten Ländern, die über ein flächendeckendes dreidimensionales Gebäudemodell verfügen. Der nun landesweit vorliegende Datensatz ist die Grundlage für Anwendungen, überall wo genaue 3D-Gebäudedaten gefragt sind. Der Abschluss des flächendeckenden Aufbaus dieses Datensatzes ist ein Meilenstein bei der Erfassung von dreidimensionalen Geodaten.

Weiterführende Informationen finden Sie auf der [Webseite von swisstopo](#).

Konferenz der Kantonsregierungen: Leitlinien zur Digitalen Verwaltung verabschiedet

Die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat die Leitlinien der Kantone zur Digitalen Verwaltung verabschiedet. Damit existieren erstmals gemeinsame Empfehlungen für den Digitalisierungsprozess auf Verwaltungsebene. Digitalisierung wird als umfassender Prozess verstanden, der über die Bereitstellung digitaler Dienstleistungen hinausgeht. Die Leitlinien unterstützen die Kantone bei der Umsetzung dieses Prozesses und dienen als Grundlage der auf Ende 2019 geplanten Erneuerung der E-Government-Strategie Schweiz.

Die Leitlinien sind auf der [Webseite der KdK](#) verfügbar.

Kanton Bern: Erfolgreicher Pilot des papierlosen Baubewilligungsverfahrens «eBau»

Der Anfang Juli lancierte Pilot «eBau» ist erfolgreich gestartet: Bis Anfang Oktober gingen 40 Dossiers über den elektronischen Kanal ein. Die Gesuchstellenden beurteilen die Eingabe über das System als einfach. Ab Sommer 2019 wird «eBau» etappenweise in den Verwaltungskreisen eingeführt. Die papierlose Abwicklung von Baugesuchen garantiert neben der intuitiven Benutzerführung eine einfache Durchführung des Bewilligungsverfahrens innerhalb des Kantons. Die Anbindung an die wesentlichen Umsysteme ist sichergestellt.

Kanton Solothurn: Anschluss an den Verein «iGovPortal.ch»

Die Regierung des Kantons Solothurn hat die Einführung der Portalinfrastruktur iGovPortal beschlossen. Diese wird von den Kantonen Jura, Freiburg und St. Gallen und nun auch Solothurn betrieben. Das System bildet die Grundlage für das Angebot zahlreicher E-Services. Es ermöglicht auch die Authentifikation der Benutzerinnen und Benutzer. Letztere erhalten Dokumente, z.B. Entscheide oder Bewilligungen neu auf ihrem persönlichen

Konto auf dem Portal und können darüber auch sicher mit der Verwaltung kommunizieren.
Weiterführende Informationen finden Sie auf der [Webseite des Kantons Solothurn](#).

Ville de Pully: Start des Portals «smart city»

Auf der Internetseite «smart city», welche die Gemeinde Pully neu lanciert hat, und auf der etwa 20 Projekte vorgestellt werden, die in verschiedenen städtischen Bereichen laufen oder geplant sind, soll zweierlei aufgezeigt werden: Zum einen, mit welchen konkreten Aktionen eine Schweizer Stadt mit 18'000 Einwohnern auf die Chancen, Risiken und Herausforderungen der Digitalisierung reagiert und zum anderen, wie sich die Werte umsetzen lassen, die für die Stadt wichtig sind.

Weiterführende Informationen finden Sie unter <https://smart.pully.ch/fr/> (auf Französisch).

E-Government in der Politik

Bundesrat: Schlussbericht der Expertengruppe «Zukunft der Datenbearbeitung und Datensicherheit»

Der Bundesrat hat den Schlussbericht der Expertengruppe zur Zukunft der Datenbearbeitung und Datensicherheit zur Kenntnis genommen. Im Zentrum der im Bericht ausgearbeiteten 51 Empfehlungen stehen die Sicherheit der Datenbearbeitung, der Schutz der Privatsphäre und die informationelle Selbstbestimmung sowie die Wertigkeit von Daten. Themen wie Blockchain, die Rolle der Ethik und die Bedeutung von Algorithmen behandelt der Bericht in eigenen Schwerpunktkapiteln. Bis Mitte 2019 werden die Empfehlungen der Expertengruppe analysiert und dem Bundesrat entsprechende Folgearbeiten zum Entscheid vorgelegt. Der Bericht ist auf dem [Newsportal des Bundes](#) verfügbar.

Bundesrat: Nationales Forschungsprogramm «Digitale Transformation» lanciert

Der Bundesrat hat ein neues Nationales Forschungsprogramm zum Thema Digitale Transformation lanciert. Hauptziel des Programms ist es, Wissen über die Chancen und Risiken der Digitalisierung für die Gesellschaft und Wirtschaft zu erarbeiten. Im Zentrum stehen dabei die Forschungsschwerpunkte «Bildung, Lernen und digitaler Wandel», «Ethik, Vertrauenswürdigkeit und Governance» sowie «Digitale Wirtschaft und Arbeitsmarkt». Die Dauer des Programms beträgt fünf Jahre.

Weiterführende Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung des Bundesrates](#).

Veranstaltungen

- [eGov Fokus](#): Digital Skills und Digital Leadership im E-Government, 9. November, Bern
- [14. Tagung für Informatik und Recht](#), 12. November, Bern
- [Swiss Internet Governance Forum](#), 20. November, Bern

Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Informatiksteuerungsorgan des Bundes ISB, Schwarztorstrasse 59, CH-3003 Bern
info@egovernment.ch, www.egovernment.ch,



